

Wie das Interview Rechners desorganisierend und verwirrend nicht nur auf unsere Staatsanwälte und Richter, sondern sogar auch auf die Untersuchungsorgane gewirkt hat, haben Sie zu einem großen Teil selbst gespürt. Eine Reihe von Beispielen, die ich heute aufgezeigt habe, hat das noch einmal bestätigt.

Ich möchte zunächst noch einige Worte zu der Feststellung der Entschließung sagen:

„Zu derselben Zeit trug Fechner als Minister der Justiz die Verantwortung für zahlreiche Ungesetzlichkeiten und ungerechtfertigt hohe Strafen gegenüber den Werktätigen unserer Republik.“

Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß Fechner, der seit dreieinhalb Jahren Minister der Justiz war, die volle politische Verantwortung für die gesamte Tätigkeit der Justiz in dieser Zeit trägt. Zeigte sich in der Rechtsprechung der Gerichte eine falsche Linie, wurden Gesetze entgegen dem Ziel unseres Staates angewandt, dann war es seine Aufgabe als Mitglied der Regierung, zu signalisieren und auf die Gefahren hinzuweisen.

Durch das bewußte und für alle Mitarbeiter unerträgliche Abwürgen jeder Kritik hat er verhindert, daß die Erscheinungen, die er beobachten mußte, die er in der politisch richtigen Linie erkennen mußte, deren Auswirkung er signalisieren mußte, in die Öffentlichkeit kamen.

Ich sagte, wir haben noch keine Veranlassung anzunehmen, daß in der Justiz alle Stützpunkte des Fechnerschen Sozialdemokratismus ausgerottet sind. Ich möchte hier drei Beispiele nennen, die zeigen, wie noch in letzter Zeit das Interview nachwirkte.

Am 5. August 1953 wurde auf der Arbeitstagung mit den Direktoren der Bezirksgerichte von einem der Bezirksgerichtsdirektoren der Begriff des „illegalen Streiks“ gebraucht. Die Auffassung wurde korrigiert. Er wurde insbesondere unter Hinweis auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten Grotewohl in dessen Rede auf dem 15. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands belehrt, wonach der Streik in der Deutschen Demokratischen Republik ein völlig verfehltes Mittel ist, um Mißstände zu beseitigen oder um berechtigte Forderungen zu erzwingen.

Der zweite Teil der irreführenden Ausführungen Fechners fand eine Neuaufgabe in dem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 7. August, in dem es heißt:

„Gemäß den Beschlüssen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung ist niemand bestraft worden, der am 17. Juni nicht gegen Menschen oder Sachen tätig geworden ist, und wird auch niemand bestraft werden.“

Nun, ich habe mit dem Kollegen, der diesen Artikel schrieb, diskutiert und er gab als Erklärung dafür an, daß der Artikel in sehr großer Eile geschrieben worden sei. Ich frage: wie kann man zu solchen eilig